

Protokoll

**12. öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Migration und Gesundheit
- zu den Tagesordnungspunkten 1-7 findet eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss Finanzen,
Controlling und Personal statt -
vom 06.08.2024, Kreishaus A 128**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.07.2024: Unterbringung Geflüchteter 2024/098
- 3. Langfristige Unterbringung von Geflüchteten 2024/084
- 4. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Nicht öffentlicher Teil

- 5. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 6. Langfristige Unterbringung von Geflüchteten 2024/084
- 7. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Öffentlicher Teil

- . Ende der gemeinsamen Sitzung und Beginn der Tagesordnungspunkte des Ausschusses Soziales, Migration und Gesundheit
- 8. Genehmigung des Protokolls der 11. Ausschusssitzung vom 18.04.2024
- 9. Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 23.04.2024: Einführung der Bezahlkarte bis spätestens Anfang 2025 2024/000
- 10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- Anfrage der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 10.06.2024: 2024/058
- 10.1. Wie werden die Pauschalzahlungen für geflüchtete Menschen konkret eingesetzt?
Anfrage der SOLI-Kreistagsfraktion vom 30.06.2024: Wie entwickelt sich die 2024/066
- 10.2. Altersarmut in DAN?

Nicht öffentlicher Teil

- 11. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 12. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls vom 18.04.2024
- 13. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

- KTA Bade, Heike Vorsitzende
- KTA Carmienieke, Christian anwesend bis 17:50 Uhr
- KTA Dorendorf, Uwe anwesend bis 17:26 Uhr
- KTA Gallei, Matthias anwesend bis 17:50 Uhr
- KTA Haase-Mühlner, Alexander Vertretung für KTA Peters, anwesend bis 17:26 Uhr
- KTA Herzog, Kurt
- KTA Himmel, Hanno
- KTA Kretschmer, Sabine
- KTA Petersen, Torsten Vertretung für KTA Behrens, anwesend bis 17:26 Uhr
- KTA Schulz, Torsten
- KTA Fathmann, Bernard
- KTA Römer, Sabine
- Seniorenbeirat Mende, Inge
- beratendes Mitglied Russow-Henning, Ellen
- Landrätin Schulz, Dagmar
- Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
- Ehrhardt, Stephanie – FDL Soziales und wirtschaftliche Hilfen
- Gleichstellungsbeauftragte Maatsch, Beate

Es fehlen:

KTA Behrens, Marcel

KTA Peters, Kerstin stellv. Vorsitzende

Beratendes Mitglied FA Soz Lippe, Matthias

Beratendes Mitglied Peters, Jessica

entschuldigt

entschuldigt

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:52 Uhr

nichtöffentlicher Teil: 16:42-17:22 Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

KTA Bade eröffnet öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung, stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest und begrüßt die Anwesenden.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

KTA Bade eröffnet die Fragestunde und schließt diese, da es keine Fragen seitens der BürgerInnen gibt.

2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.07.2024: Unterbringung Geflüchteter

2024/098

Die Vorsitzende Bade beantragt die gemeinsame Behandlung mit dem TOP 3: "Langfristige Unterbringung von Geflüchteten" (2024/084) inklusive dem dazu vorliegenden Antrag der Kreistagsfraktionen Bürgerliste/ CDU & UWG auf den Erwerb der Liegenschaft Neu Tramm.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Der TOP wird gemeinsam mit den TOP 3 " Langfristige Unterbringung von Geflüchteten" (2024/084) und dem dazu vorliegenden Antrag der Kreistagsfraktionen Bürgerliste/ CDU & UWG behandelt.

KTA Beckmann trägt Antrag der SPD Fraktion vor. Er ergänzt, dass bereits im Jahr 2021 im KA bzw. im Fachausschuss Migration angedacht worden sei, dezentrale Unterkünfte im Landkreis zu bauen. Berechnungen diesbezüglich wurden auch damals durch das Gebäudemanagement durchgeführt.

Herr Berg (beratendes Mitglied) ergänzt, dass es sich bei dem Antrag um einen Alternativvorschlag zu den bestehenden Anträgen im Rahmen des Beschlusses zur dezentralen Unterbringung handele. Durch den Neubau von Wohnraum, könne im Gegensatz zum Kauf einer Immobilie, insbesondere der Liegenschaft in Neu Tramm, vermieden werden, dass es im späteren Verlauf Probleme mit dem Baurecht geben könnte. Er betont, dass durch die dezentrale Lösung, das Ehrenamt, welchem eine besondere Bedeutung zukäme, gut eingebunden werden könne. Herr Berg legt überdies die Entwicklung der Diskussion über den Ankauf von Neu Tramm dar, welche vor zwei Jahren mit Überlegungen begonnen habe, dort eine Unterkunft für Waisenkinder aus der Ukraine zu etablieren. Auch Überlegungen bezüglich einer Umwandlung zu Wohnungen oder einer Universität wären angestellt worden. Er erläutert weiter, dass er für den Kauf der Liegenschaft in Neu Tramm keine Not sehe. Des Weiteren geht er auf die momentanen Rahmenbedingungen für Schutzsuchende ein, insbesondere nennt er Probleme bei der Begleitung zu Fachärzten bzw. die Anbindung an medizinische Versorgung im Allgemeinen.

KTA Himmel erkundigt sich nach dem weiteren Ablauf der Sitzung sowie nach der Dauer der Miete der Liegenschaft in Neu Tramm.

EKR Schermuly erklärt, dass es einerseits die Möglichkeit gäbe, die Anträge der SPD sowie der CDU/UWG/BL im öffentlichen Teil zu diskutieren und den Antrag der CDU/UWG/BL im nicht öffentlichen Teil zu besprechen.

KTA Petersen ergänzt, dass der Antrag auf nicht-öffentlichkeit des CDU/UWG/BL Antrages aufgrund der Zahlen bezüglich des Kaufpreises gestellt wurde. Über die grundsätzliche Thematik könne man jedoch im öffentlichen Teil diskutieren, solange keine Zahlen genannt würden.

EKR Schermuly ergänzt zur Miete, dass momentan eine Mietoptionen bis Ende Mai 2025 vereinbart

worden sei. Danach gäbe es weitere Mietoptionen, welche jedoch nur gemeinsam mit dem Vermieter ausgehandelt werden könnten und dessen Zustimmung bedürfen.

KTA Petersen fragt, ob Herr Müller-Hauschildt sich zu den Mietoptionen positioniert habe.

EKR Schermuly antwortet, dass Herr Müller-Hauschildt bisher noch keine eindeutige Aussage gemacht habe. Er ergänzt, dass die Verwaltung immer von einem Worst-Case-Szenario ausgehen müsse – in diesem Fall bedeute dies anzunehmen, dass der Mietvertrag Ende Mai 2025 nicht verlängert werden würde. Dies würde wiederum bedeuten, dass die Bewohnerinnen und Bewohner am 1. Juni 2025 woanders untergebracht werden müssten. Daher habe die Verwaltung die Anträge und die Beschlussvorlage bereits im April erstmalig vorgelegt.

KTA Herzog erklärt, dass er die Einladung als unübersichtlich empfunden habe. Sie sei kompliziert aufgebaut, der Ablauf der Sitzung ebenfalls. Er spricht sich dafür aus, dass alle Anträge inhaltlich im Rahmen des öffentlichen Teils der Sitzung diskutiert werden sollen. Der SPD Antrag sei ihm sympathisch, die vorgeschlagene Bauweise sei ökologisch und preisgünstig. Zuarbeit und Herstellung einiger Bauteile seien innerhalb des Landkreises möglich. Der Antrag ermögliche relative Dezentralität und würde so gut den Passus aus dem Beschluss des Jahres Dezember 2022 des Kreistages ergänzen, der sich für eine kreiseigene kommunale Wohnungsbaugesellschaft aussprache. Auch die Würde der Menschen würde bei dieser Art von Unterbringung gewahrt bleiben. Um entsprechend des Antrags bauen zu können, müssten jedoch die Mietoptionen weiter ausgehandelt und die Miete verlängert werden. Außerdem müssten die Kommunen hinsichtlich geeigneter Grundstücke angefragt werden, was er als mögliche Hürde sieht.

KTA Petersen erklärt, dass der Inhalt des Antrages im öffentlichen Teil diskutiert werden dürfe, jedoch die konkreten Zahlen nicht genannt werden dürfen. Darüber hinaus ist er der Ansicht, dass es keine Basis für den Antrag der SPD gäbe. Ihm sei zugetragen worden, dass Herr Müller-Hauschildt nicht dazu bereit sein würde, über den Mai 2025 hinaus zu vermieten. Hinzu sei bereits 2021 darüber gesprochen worden, dass Grundstücke in Gewerbegebieten vorhanden seien, jedoch nicht angeboten würden bzw. der Landkreis diese Möglichkeit nicht umgesetzt habe. Darüber hinaus sei für den Bau von Unterkünften in Gewerbegebieten auch nur eine Befreiung bis 2027 vorhanden. Des Weiteren könne bei einer Unterbringung an fünf Standorten keine akkurate und ausreichende Betreuung der Flüchtlinge vorgenommen werden.

KTA Allgayer-Reetze fragt nach der Tischvorlage für den Antrag der CDU/UWG/BL, diese sei nicht ausgegeben worden.

LRin Schulz erklärt, dass es eine Tischvorlage gäbe. Diese jedoch die Zahlen enthielte und daher nur im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung ausgegeben würde. Eine inhaltliche Diskussion könne im öffentlichen Teil erfolgen, eine Wirtschaftsbetrachtung anhand konkreter Zahlen müsse im nicht-öffentlichen Teil erfolgen.

KTA Allgayer-Reetze merkt an, dass sie die Anträge nicht einsehen könne und so nicht an der Diskussion teilnehmen könne. Sie wird jedoch durch mehrere Zwischenrufe darauf aufmerksam gemacht, dass die Anträge online zur Einsicht zur Verfügung stünden. Sie wirft jedoch ein, dass eine Tischvorlage angekündigt worden sei und es durchaus möglich sei diese zu nutzen, ohne konkrete Zahlen zu nennen.

LRin Schulz sagt, dass, wenn alle Mitglieder sicher stellten, dass ausschließlich Ausschussmitglieder die Tischvorlage bekämen und einsehen können und es sichergestellt sei, dass Vorlagen auf den Tischen blieben und nicht dem Publikum zur Verfügung gestellt würden, hätte sie keine Einwände gegen deren Nutzung.

KTA Petersen weist drauf hin, dass jedes Ratsmitglied alle Anträge online einsehen können, es sei denn diese kämen postalisch. Im Bürgerinformationssystem seien nicht alle Anträge zu sehen.

KTA Schwidder merkt an, dass er, der die Anträge samt Zahlen auf seinem Bildschirm einsehen könne und er keine Hürde darin sähe, wenn anderen Mitgliedern die Tischvorlagen ausgeteilt würden.

■ Tischvorlagen werden ausgeteilt.

KTA Schwidder weist drauf hin, dass der gemeinsame Ausschuss lediglich Empfehlungen an den Kreistag gäbe, keine Entscheidungen, sodass eine Möglichkeit wäre die Anträge als behandelt anzusehen.

KTA Bade bittet um Abstimmung über die gemeinsame Diskussion der Anträge ohne Zahlen.

behandelt

KTA Petersen stellt den Antrag der CDU vor.

KTA Dorendorf merkt zur Lage allgemein an, dass in Zukunft vermutlich mehr Flüchtlinge in den Landkreis kämen. Die Bauplätze halte er für nicht realisierbar. Darüber hinaus böte Neu Tramm die Möglichkeit für zentrale Angebote statt individueller dezentraler Betreuung. Auch ihm sei zugetragen worden, dass Herr Müller-Hauschildt den Mietvertrag nicht verlängern wolle.

KTA Fathmann kritisiert, dass die Appartements zu unkonkret geplant seien und auch die Anzahl und Lage der Appartements im Landkreis sowie deren Konkrete Belegungsgröße seinen nicht eindeutig dargestellt. Auch die Summe von 48.000 Euro pro Person entspräche nicht den üblichen Berechnungsmethoden für den Hausbau.

KTA Beckmann erläutert, dass die Summe von ca. 48.000 Euro pro Person so im Kreistag genannt wurde. Sie ergäbe sich aus der Quadratmeterzahl pro Person.

EKR Schermuly erklärt, dass man bei derartigen Bauvorhaben die Sozialverträglichkeit der Unterbringung gerade nicht an Quadratmetern sondern an der Bewohnerzahl festmachen würde. Hieraus ergäbe sich die Zahl 48.000 Euro pro Person, welche sich dann wiederum auf einen Quadratmeterpreis von 3.500 Euro bis 4.500 Euro umrechnen ließen.

KTA Beckmann merkt an, dass er erwarte, dass diese Zahlen, wie auch die Zahlen für Neu Tramm von der Verwaltung genau erarbeitet werden und daher nicht in abschließend im Antrag aufgeführt werden könnten.

KTA Schwidder führt aus, dass der Antrag der SPD auf einen früheren Antrag als der von CDU/UWG/BL reagiere, er stelle eine Alternative zu dem bisher Diskutierten dar. Des Weiteren führt er aus, dass durch den Antrag der SPD mit Standardbauweise neue Bausubstanz geschaffen würde und eine dezentrale Unterbringung möglich werde. Er halte die Betreuung zukünftiger Bewohnerinnen und Bewohner in dezentralen Neubauten für umsetzbar. Die drei Altimmobilien, deren Kauf diskutiert würde, seien mit Risiken, insbesondere in Bezug auf die Bausubstanz, Heizung, Abwasser und Elektrik versehen, welche in der Hand des Eigentümers blieben, dies sollte seiner Ansicht nach vermieden werden. Mit Neubauten in Systembauweise könnten diese Risiken vermieden werden und das Ziel der dezentralen Unterbringung weiter verfolgt werden. Er rät auch davon ab, dass der Landkreis sich in eine Mischung aus Miete und Eigentum begibt, bei der weiterhin Abhängigkeiten bestünden.

KTA Himmel führt weiterhin aus, dass für viele klar zu sein schiene, dass eine Weiteranmietung von der Liegenschaft in Neu Tramm so nicht möglich sei. Er sähe dies aufgrund des Verhaltens des Eigentümers in den letzten Jahren anders. Hier hätte es bereits des Öfteren Meinungsänderungen durch diesen gegeben. Darüber hinaus fände er den Antrag der SPD sinnvoll, da er andere Optionen aufzeige und bereits verabschiedete Beschlüsse ergänze. Der Antrag würde die Vorteile von zentraler und dezentraler Unterbringung vereinen. Er merkt weiterhin an, dass das Risiko einer Nichtverlängerung der Miete im Rahmen der Diskussionen in den Mittelpunkt gestellt würde, andere Risiken jedoch nicht beleuchtet würden. Hierzu gehörten etwa die Zahl der Geflüchteten oder das finanzielle Wagnis für den Landkreis. Zentral bei den Überlegungen solle sein, wie die Unterbringung der Geflüchteten verbessert werden könne. Hierzu gehöre auch zu überprüfen, wo Ressourcen eingespart werden könnten, um sie an dieser Stelle einzusetzen. Der Kauf einer Liegenschaft wie Neu Tramm würde erst einmal viele dieser Ressourcen aufbrauchen.

KTA Korth merkt an, dass die Anmietung von der Liegenschaft in Neu Tramm nur als Übergangslösung geplant gewesen sei, da damals vorhandene Ressourcen nicht ausgereicht hätten. Weiterhin stellt er fest, dass in der Diskussion die Folgekosten beim Kauf von alten Gebäuden wie Neu Tramm, Steine und Üfest nicht bedacht würden. Neue Bauten könnten später zu günstigem Wohnraum für finanziell schwache Personen bzw. zu Sozialwohnungen werden.

Herr Berg (beratendes Mitglied) hält dieses Projekt für geeignet, auch im Allgemeinen für sozialen Wohnraum innerhalb des Landkreises zu sorgen, welcher dringend benötigt würde. Außerdem sei er sich sicher, dass sich ein Betreiber für die dezentrale Betreuung finden würde, eine ähnliche Betreuungssituation habe es im Landkreis bereits gegeben. Dass die Chancen für eine Verlängerung von Mietoptionen schlecht seien, liege auch daran, dass Anträge für den Kauf der Liegenschaft diskutiert würden. Würde dieser zurückgezogen werden, gehe er davon aus, dass sich die Verhandlungsbedingungen wieder zu Gunsten des Landkreises ändern würden.

KTA Römer erkundigt sich, ob das Land die Mieten der Liegenschaften im Rahmen der Unterbringung Geflüchteter vollständig erstatte.

KTA Bade antwortet, dass dies über die Asylbewerberleistungen geschehe.

KTA Römer erkundigt sich, inwiefern diese Kosten auch bei einem Leerstand übernommen würden.

KTA Bade führt aus, dass für jeden Asylbewerber eine bestimmte Summe vom Land gezahlt würde, die nach den einzelnen Leistungen aufgeteilt werde. Für Leerstand würde keine Leistung gezahlt.

KTA Römer fragt, ob und welche finanzielle Unterstützung es durch das Land im Falle eines Kaufes der Liegenschaft in Neu Tramm geben würde, oder ob es weiterhin ausschließlich die vorher genannten Leistungen gäbe.

KTA Bade bejaht, dass es auch in diesem Fall weiterhin nur die vorher genannten Leistungen gäbe.

KTA Petersen merkt an, dass er nicht gesagt habe, dass eine dezentrale Betreuung unmöglich sei, sondern lediglich wesentlich schwieriger umzusetzen und teurer werden würde, da mehr Personal vorgehalten werden müsste. Darüber hinaus wundere er sich, dass einer ökologisch vernünftigen Nachnutzung von Gebäuden, wie die der Liegenschaft in Neu Tramm, derart skeptisch gegenübergestanden würde. In Bezug auf die Kosten für die Systembauten merkt er an, dass diese in der Diskussion zu niedrig angesetzt worden seien. Für die Unterbringung von betreuten Personen bzw. Geflüchteten würde von einer wesentlich höheren Summe ausgegangen werden müssen. Er erinnert daran, dass die Verwaltung die Aufgabe habe, die momentan in Neu Tramm untergebrachten Personen auch im nächsten Jahr weiter unterzubringen und dafür Lösungen bis April 2025 geschaffen werden müssen. Neubauten seien bis April 2025 aber in keiner Weise zu realisieren.

KTA Dorendorf hält fest, dass einige Thesen in Bezug auf den Verhandlungsverlauf mit Herrn Müller-Hauschildt nicht der Wahrheit entsprächen. In Bezug auf den Sanierungszustand der Liegenschaft in Neu Tramm merkt er an, dass im Jahr 2013 durch Herrn Müller-Hauschildt mehrere Millionen Euro in Sanitäranlagen, Elektro und Fenster investiert worden seien. Das konkrete Aushandeln der Verträge obliege darüber hinaus jedoch Anwälten und der Verwaltung. Auch er befürwortet eine dezentrale Unterbringung, hält diese mit den vorhandenen Ressourcen allerdings nicht für möglich, weshalb der Kauf von Neu Tramm empfohlen worden sei. Gegen Neubauten spräche auch, dass keine Bauplätze vorhanden seien und die Kosten, die mit dem Antrag der SPD einhergingen, zu hoch seien.

KTA Fathmann erklärt, dass der Antrag der SPD aus seiner Sicht Narrative enthalte, bei denen nicht beurteilbar sei, ob diese der Realität entsprächen. So sei etwa nicht vorhersehbar, ob es bei den im Antrag genannten 250 Flüchtlingen bliebe. Der Antrag lasse auch die Frage offen, wie mit einer größeren Zahl an Flüchtlingen umgegangen werden solle. Weiterhin stellt er fest, dass demgegenüber in Neu Tramm die Unterbringung von 500 Personen möglich wäre. Darüber hinaus würden die Geflüchteten auch selbst für Dezentralität sorgen, indem sie sich eigenständig Wohnungen suchten und Neu Tramm oder den Landkreis verließen.

KTA Herzog erinnert an finanzschwache Personen. In Bezug auf den Antrag der CDU merkt er an, dass dieser alle teuren Positionen übergehen würde und diese im Antrag nicht auftauchen. Hierzu nennt er unter anderem die Renovierungskosten sowie Kosten für die Heizung. Der Antrag der SPD solle aus seiner Sicht auf Machbarkeit überprüft werden und um den Schuldendienst ergänzt werden. Über den SPD Vorschlag sollte aus seiner Sicht nicht abgestimmt werden, ohne diesen vorher genau zu prüfen. Der SPD Antrag sei, so wie er momentan vorliege, noch skizzenhaft und bedürfe einer ausreichenden Überprüfung sowie Gesprächen mit den Samtgemeinden. Er erinnert auch an den Auftrag der vor eineinhalb Jahren beschlossen wurde, eine kreiseigene kommunale Wohnungsbaugesellschaft auszugestalten.

KTA Dorendorf wirft ein, dass es sich nicht um das Heizsystem sondern das Wärmenetz handele.

KTA Schwidder rät dem Landkreis davon ab, sich in Abhängigkeiten zu begeben. Die neuen Fenster seien nur eingebaut worden, damit die Polizei die Gebäude nutzen könne. Des Weiteren fragt er, was der Eigentümer davon habe, nicht an den Landkreis zu vermieten bzw. zu verkaufen, andere Interessenten habe es nicht gegeben. In Bezug auf die Nachhaltigkeit erwidert er, dass es sich bei den Gebäuden in Neu Tramm um alte Bausubstanz handele, Erneuerungsmaßnahmen seien entsprechend exorbitant teuer.

LRin Schulz erklärt, man müsse vor die Lage kommen. Die Verwaltungsressourcen seien erschöpft. Die Unterbringung binde viele Mitarbeitende. Die Verwaltung arbeite die Vorlagen sorgfältig auf. Abhängigkeiten von Müller-Hauschildt würde es sowohl bei Miete als auch bei Kauf geben. In Bezug auf einen möglichen Kauf von Steine merkt sie an, dass die Gemeinde den B-Plan nicht ändern wolle. Auch die Nutzung möglicher neuer Baugebiete sei nicht konfliktfrei. Als denkbare Nachnutzungsmöglichkeiten für Neu Tramm benennt sie die Einrichtung einer Inobhutnahme-Stelle oder einer Einrichtung für die Pflegeausbildung. In Bezug auf eine kommunale Wohnungsbaugenossenschaft merkt sie an, dass Wohnungsbauten im Moment

nicht sozialverträglich realisiert werden könnten.

EKR Schermuly erklärt, dass die Faktenlage zum Antrag der SPD in der Sitzungsvorlage ausreichend dargestellt worden sei. In Bezug auf die Vorhaltekosten in Neu Tramm gibt er an, dass diese vom Land nicht erstattet würden. Generell sei es schwierig im Voraus zu kalkulieren, auch weil nicht immer genau gesagt werden kann, wie viele Personen tatsächlich dem Landkreis zugewiesen würden. Von der Quote von 150 Personen, welche bis Ende September erfüllt sein müsse, seien bisher nur 20 Personen in den Landkreis gekommen. Die Zuweisungsquote werde aufgrund der zu geringen Zuweisungen nicht erfüllt werden können und werde als Unterquote in die neue Quote eingerechnet werden. Gerade daher spricht er sich für eine Lösung aus, welche dem Landkreis den Rücken freihielte. Ein Welcome-Center mit Neubauten sei nicht umsetzbar, da keine geeigneten neuen Baugebiete ausgeschrieben worden seien. Die Liegenschaft in Steine halte er für die Unterbringung auf Dauer für ungeeignet, da das Verwaltungsgebäude zu klein sei. Vorteilhaft an der Liegenschaft sei jedoch, dass das Gelände komplett erschlossen sei. Die Erweiterungsmöglichkeiten seien jedoch begrenzt. Die Üfest befände sich demgegenüber in einem sanierungsbedürftigen Zustand, im Hinterland gäbe es ein Gebäude, dessen Baumaterialien als Sondermüll entsorgt werden müssten. Das Bestandsgebäude sei nichts desto trotz in einem sehr guten Zustand. Positiv an dieser Liegenschaft sei auch, dass das Gelände in sich abgeschlossen sei und eine gute Anbindung bestehe. In Neu Tramm sei diese Abgeschlossenheit nicht komplett umsetzbar, was er als Risiko ansehe. Welche Kosten entstünden um diese Abgeschlossenheit herzustellen, sei in der Sitzungsvorlage mit aufgenommen worden.

KTA Bade weist darauf hin, dass die Abstimmung im nicht öffentlichen Teil stattfinden werde.

KTA Himmel betont, dass die Entwicklung der Anträge bzw. der Entscheidungen nachvollziehbar sein sollten, er bittet darum, dass ein entsprechender Hinweis eingefügt werden solle. Er ergänzt, dass der hauswirtschaftliche Bericht für Neu Tramm ein Defizit aufweise, welches nicht eingeplant wurde.

KTA Bade erkundigt sich, ob der hauswirtschaftliche Bericht inhaltlich für das aktuelle Thema relevant sei.

KTA Himmel bejaht dies, es sei der hauswirtschaftliche Bericht für Neu Tramm. Er hält fest, dass aus seiner Sicht auch mit einer Entscheidung nicht vor die Lage zu kommen sei. In Bezug auf die Betreuung merkt er an, dass das Ehrenamt bereits jetzt stark überfordert wäre, bei einer dezentralen Unterbringung über mehrere Gemeinden hinweg, könnte die ehrenamtliche Arbeit auf mehrere Schultern verteilt werden.

KTA Schulz sagt, man solle sich bei der Entscheidungsfindung auf die Verwaltung verlassen und auch die eigene politische Blase verlassen. Unter einer dezentralen Unterbringung verstünde er darüber hinaus eine Unterbringung in einzelnen Wohnungen in einzelnen Ortschaften des Landkreises. Fünf unterschiedliche Standorte halte er nicht für machbar. Da eine Einschätzung wie viele Flüchtlinge konkret in der Zukunft in den Landkreis kommen werden, schwierig sei, fragt er, ob es für den Landkreis generell interessant sei, eine Liegenschaft wie Neu Tramm zu besitzen.

LRin Schulz hält es für zu früh, eine Auskunft darüber zu geben, ob der Besitz für den Landkreis generell interessant sei. Hierzu sei eine genauere Betrachtung notwendig.

behandelt

4. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Keine Mitteilungen, Anfragen oder Kenntnisnahmen

. Ende der gemeinsamen Sitzung und Beginn der Tagesordnungspunkte des Ausschusses Soziales, Migration und Gesundheit

Gemeinsame Sitzung wird geschlossen

8. Genehmigung des Protokolls der 11. Ausschusssitzung vom 18.04.2024

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 3

9. Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 23.04.2024: 2024/000
Einführung der Bezahlkarte bis spätestens Anfang 2025

KTA Carmienieke merkt an, dass er sich darüber freue, dass sich die Meinung der Verwaltung gegenüber Bezahlkarten geändert habe und nun weniger defensiv sei. Eine Bezahlkarte habe viele Vorteile. Im Weiteren stellt er den Antrag vor.

KTA Herzog merkt an, dass er die Bezahlkarte als diskriminierend empfinde. Im Folgenden zitiert er Passagen des Schreibens vom 25.07.2024 des Nds. Ministeriums für Inneres und Sport, aus dem hervorginge wie die Einführung einer Bezahlkarte ablaufen solle. Hieraus ergäbe sich, dass die Einführung einheitlich in gesamt Niedersachsen ablaufen solle.

KTA Carmienieke wirft ein, dass der Antrag im April gestellt wurde.

KTA Herzog hält den Antrag nicht für sinnvoll. Er schlägt vor, dass er zurückgezogen werde. Er erkundigt sich außerdem nach den Maßnahmen, welche die Verwaltung diesbezüglich bereits unternommen habe.

FDL Ehrhardt gibt an, dass über den letzten Sachstand informiert wurde und abgewartet werden solle, was beim Vergabeverfahren des Landes herauskäme.

KTA Carmienieke merkt an, dass im Antrag nichts von einem eigenen System stünde, sondern lediglich, ob die Bezahlkarte im Landkreis eingeführt werden solle. In dem gestellten Antrag ginge es ausschließlich darum, dass die Verwaltung sich mit der Einführung einer solchen Karte beschäftige.

KTA Himmel macht darauf aufmerksam, dass die Sachlage aus April die Grundlage für den Antrag bilde. Aufgrund des Schreibens des Landes spricht er sich dafür aus, den Antrag zurück zu stellen.

KTA Gallei hält fest, dass die Verwaltung keinen Hinweis brauche, um sich mit dem Thema der Bezahlkarten auseinanderzusetzen. Er halte es nicht für notwendig, einen weiteren Impuls zu setzen.

KTA Carmienieke wirft ein, dass „Maßnahmen ergreifen“ eine weitgefaste Formulierung sei.

KTA Fathmann fragt nach, ob der Ausschuss, wenn das Land etwas vorschläge, diesem Vorschlag einfach nur noch zustimme ohne selbst zu agieren.

KTA Bade merkt an, dass sie verstanden habe, dass es eine landesweite Einführung werden solle.

Beratendes Mitglied Russow-Henning gibt an, dass die Einführung einer Bezahlkarte keine Pflicht für den Landkreis sei, sie halte die Karte für schwierig. Eine Verwaltungserleichterung würde die Karte der Verwaltung aus ihrer Sicht nicht bringen, da die Höhe des Barbetrages immer eine Einzelfallentscheidung sei.

KTA Carmienieke merkt an, dass es sich dabei um ein Einzelfallurteil handele.

Beratendes Mitglied Russow-Henning fährt fort, dass auch ein Einzelfallurteil bedeute, dass der Betrag im Einzelfall geprüft werden müsse.

KTA Bade lässt über den Antrag abstimmen:

Empfehlung mehrheitlich abgelehnt Ja-Stimmen: 1 Nein-Stimmen: 5 Enthaltung: 0

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen um die Einführung einer Bezahlkarte für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bis spätestens Anfang 2025 arbeitsfähig einzuführen, mit der die Barauszahlung deutlich beschränkt wird.

10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

10.1. Anfrage der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 10.06.2024: Wie werden die Pauschalzahlungen für geflüchtete Menschen konkret eingesetzt? 2024/058

KTA Herzog erkundigt sich nach der Pauschale für Geflüchtete. Ihm fehle die Transparenz, wie sich die

Pauschale berechne, sie sei nicht genau genug aufgeschlüsselt. Die Liste selbst sei ebenfalls nicht schlüssig und die Personenzahl nicht ersichtlich. In Hinblick auf Altersarmut merkt KTA Herzog an, dass er verstehen möchte, wie sich diese entwickeln. Die Zahlen, die ihm durch den Landkreis zur Verfügung gestellt worden seien, würden nicht mit den bundesweit ermittelten Zahlen übereinstimmen. Viele Menschen nähmen Leistungen hier im Landkreis laut dieser nicht in Anspruch.

KTA Himmel spricht den haushaltswirtschaftlichen Bericht an und erfragt, wie dieser sich aufschlüssele. Im Moment gäbe es ein Defizit. Er fragt, wie dieses sich aufschlüsselt und wie die Erwartungen seien dieses zurück zu bekommen.

FDL Ehrhardt weist darauf hin, dass im Moment die Kosten durch die Unterkunft in Neu Tramm entstünden, die Kostenerstattung erst ein Jahr später komme, diese daher im Bericht nicht auftauche.

KTA Himmel sagt, er würde bezüglich des haushaltswirtschaftlichen Berichts eine schriftliche Anfrage stellen. Zusätzlich erkundigt er sich danach, welche medizinischen Untersuchungen bei den Schutzsuchenden, die in Neu Tramm untergebracht werden standardmäßig durchgeführt würden.

KTA Himmel erkundigt sich nach Tuberkulose Untersuchungen, schiebt aber sogleich hinterher, dass er auch in Bezug auf die Untersuchungen eine schriftliche Anfrage stellen würde.

KTA Carmienieke erkundigt sich nach dem aktuellen Umgang mit ukrainischen Flüchtlingen.

FDL Ehrhardt weist darauf hin, dass der Landkreis die Quote in Bezug auf ukrainische Flüchtlinge erfüllt habe und nur noch Angehörige dem Landkreis zugewiesen würden. Das Land Niedersachsen habe eine massive Überquote in Bezug auf die ukrainisch Vertriebenen. Zugewiesen würde derzeit daher keine.

Kenntnis genommen

10.2. Anfrage der SOLI-Kreistagsfraktion vom 30.06.2024: Wie entwickelt sich die Altersarmut in DAN?	2024/066
---	----------

Kenntnis genommen

Vorsitzende Bade bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung.

gez. Bade

Vorsitzende

gez. Ehrhardt

Protokollführung